

31.1.2002

## **Solidarisch handeln - Gedanken zu den Kürzungen im Gemeindebudget**

Am 4. Februar wird der Einwohnerrat über ein Budget entscheiden, in dem nach dem Willen der FdP/SVP-Ratsmehrheit 860 000 Franken gespart werden soll.

Neben vielen Budgetanpassungen - im Januar kann exakter geplant werden als drei Monate früher - wird bei vielen Konten so reduziert, als ob die Finanzlage von Binningen katastrophal wäre. Stühle werden nicht geflickt, Faltwände im Hallenbad nicht fertig saniert, Weiterbildungen des Personals gestrichen, und so weiter.

Um das Sparziel zu erreichen, schlägt der Gemeinderat ferner die Abschaffung der Zusatzbeiträge an finanziell schlecht gestellte Rentner und Familien vor, kürzt bei den Kulturbeiträgen an die Stadt Basel und bei der Entwicklungshilfe (BAZ vom 10. Januar 02).

Die Streichung von Beiträgen an materiell Bedürftige verschlechtert die Lebensqualität einer kleinen Minderheit der Binninger Einwohnerschaft. Die Reduktion der Konten Unterstützungsbeiträge im In- und Ausland "tut nicht weh". Niemand von uns ist betroffen, die leer Ausgehenden haben keinen gesetzlichen Anspruch auf unsere Spenden.

Für Unterstützungsprojekte sind im reichen Binningen im Budgets 2001 total 70 000 Fr. vorgesehen, was etwa einen Tausendstel des Gesamtbudgets ausmacht; 50 000 Fr. für Hilfe im Ausland und 20 000 Fr. für Hilfe im Inland (2001 total 80 000 Fr.). Nebenbei: Die vergleichbare Gemeinde Reinach mit einem ca. drei Punkte höheren Steuersatz als Binningen unterstützt ihre Partnergemeinde Santa Maria, die Schweizer Berghilfe und vier Entwicklungsprojekte im Ausland mit total 125 000 Franken (BZ vom 10. Januar 02).

Selbstverständlich sollen Private und nichtstaatliche Organisationen freiwillig und nach ihren Möglichkeiten einen Beitrag an Werke der Solidarität leisten. Ohne die finanzielle Unterstützung durch das Staatswesen, z.B. durch eine wohlhabende Gemeinde wie Binningen, können aber die schwächeren Glieder unserer Gemeinschaft nicht wirksam gestärkt werden. So öffnet sich die soziale Schere zwischen Wohlstand und Armut auch in Binningen und in der Schweiz weiter, soziale Unruhen und Konflikte nehmen zu, Menschen aus den armen Regionen unserer Erde versuchen, in reiche Länder wie die Schweiz zu auszuwandern...

Respektvoller Umgang mit den Ressourcen unserer Erde und mit den finanziellen Mitteln befürworte ich, doch Budgetkürzungen zu Lasten jener, die bei der Binninger Budgetdebatte keine Stimme haben, lehne ich ab.

Ich bin zuversichtlich, dass sich der Binniger Einwohnerrat am 4. Februar bei seinen Entscheidung nicht von der fixen Sparidee sondern von der Verantwortung für das Gemeinwohl leiten lässt.

Agathe Schuler, Landrätin CVP, Binningen